

Klaus Harpprecht

Die Glosse:

Die SPD regiert – aber weiß sie es auch?

Klaus Harpprecht

(* 1927) Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt.

Er ist seit langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit letztem Jahr Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Momentan arbeitet er an einer Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.



Ein Alptraum: im langen Anlauf zum Wahlkampf in der Hauptstadt und in den Provinz-Metropolen (mit bundesdeutscher Ambition) nur noch Gezeter und Gezerre, großmüßige Annoncen von weißer Teufel welchen nicht mehr aufzuschiebenden Korrekturen von Hartz I bis VII, Steuersenkungen, Steuerstreichungen, Entlastung von Sozialabgaben, Minderung der Lohnnebenkosten, neue Feste der Subventionitis, und allemal das wechselseitige Protestgeheul gegen die Nicht-Bezahlbarkeit, den Verrat am Koalitionsvertrag, den Mangel an Kooperationsgeist, Hilfschreie an die Adresse der Kanzlerin, die endlich, endlich, ein Machtwort sprechen müsse. (Unter dem Tisch wuchs aber die wieselflinke Einigung über die Diäten-Erhöhung, minimal, kaum der Rede wert, kaum mehr – doch ein bisschen – als die Steigerung der Renten, die erste seit vier Nullrunden, nur fünfzig Prozent der Inflationsverluste ausgleichend. Genauso wieselflink die Korrektur, die ohne Zweifel ein Ruhmesblatt für das politisch-psychologische Feingefühl der MdBs ist – von ihrer Opferbereitschaft zu schweigen.)

Natürlich schwören die Koalitionäre, dass sie das Ziel des ausgeglichenen Haushaltes nicht aus dem Blick verlieren, auch

wenn man mit dem Traumbudget noch ein paar Jährchen über 2011 hinaus warten müsse. Man braucht nur den Landes- und Parteiverwesern Huber und Beckstein lange genug in die treuherzigen Äuglein zu schauen, um tief im Herzen zu wissen, dass die Lederhosen-Dioskuren bei dem Präsent der Steuersenkungen nicht eine Sekunde lang an die Bayernwahl im Herbst gedacht haben könnten. Keiner von denen hebt, anders als der Altpartei Freund Zimmermann, die eine Hand zum Schwur, während die andere, in den hinteren Hosenträger verflochten, scharf nach unten zeigt. Nix da. Ist es nicht gescheiter, das Geld sofort unter die Leute zu bringen, das man ihnen vorher abgeknöpft hat, dem Konsum gehörig Dampf zu machen, auf der Konjunkturwelle so sieghaft zu reiten wie ein kalifornischer Meister-Surfer auf einer Zwölfmeterwelle? Man kann unseren Volksvertretern nachsagen, was immer man will, eines ist gewiss: sie geben lieber Geld für andere aus, als es in die eigene Tasche zu scheffeln (auch wenn es nicht nur das ihre ist, sondern auch das unsere, das sie aus der Staatskasse fischen möchten). Nichts ist erhebender, als Wohltaten zu verstreuen (zupal vor den Wahlen), nichts kennzeichnet den Adel der Gesinnung als Christen, Sozialdemokraten, Sozialisten, als Naturfreunde und humanistische Freigeister (wie es einst die Liberalen waren) als die konkurrierende Generosität der Parteien, die nun wieder freie Bahn hat. Bei den einen wie den anderen sind die idealistischen Freicorps am Werk.

Aber hören wir recht? Betrug! Etikettenschwindel! Irreführung! brüllen die einen. Verrat! Fälschung! Augenwischerei!

blaffen die anderen. Und das von nun an eineinhalb Jahre? Trotzdem soll die Große Koalition nicht in die Brüche gehen? Und trotzdem reiben wir uns am Wahltag die Augen, wenn die Bürger lieber den Hund im Stadtwald spazieren führen, statt zu den Urnen zu streben? Will die SPD in dieser tristen Komödie mitmimen? Warum? Meinen die Strategen im Willy Brandt-Haus allen Ernstes, die Teilnahme an diesem lärmenden Getöse lohne sich?

Die Pflicht, zu regieren

Hat Willy Brandt in der ersten großen Koalition seine Anwartschaft aufs Kanzleramt durch die tägliche Herausforderung der Partner von der CDU und CSU glaubhaft gemacht? Er verfolgte beharrlich, bestimmt, ohne erkennbare Gereiztheit seinen Kurs, sagte knapp und sachlich, was er anders zu machen gedenke, ohne dem offiziellen Regierungschef allzu große Beachtung zu schenken (das überließ er Herbert Wehner). Er hielt es nicht für eine geniale Idee, Opposition in der Koalition zu spielen; er zog es vor, Tag für Tag den Nachweis der Regierungsfähigkeit der Sozialdemokraten

zu demonstrieren. Er würde es jetzt nicht anders halten. Es fiel ihm nicht ein, die entlaufenen Schäfchen im blökenden Anhang der »Linken« mit Zugeständnissen an die Demagogie des Ex-Genossen Lafontaine zurücklocken zu wollen. Vielmehr würde er alles daran setzen, sie durch seine Zuverlässigkeit davon zu überzeugen, dass ihre sichere Heimat die SPD ist und nicht der Wanderzirkus der PDS, bei dem jeder Straßenköter, der bisher den trotzkistischen Sekten nachlief, durch brennende Reifen hopst, wenn dieser ihm ein Mandat verspricht. Den Biertisch-Sozialismus des bayerischen Ulkpaars Huber und Beckstein würde er erst recht nicht imitieren. Doch er würde nicht zögern, den Mindestlohn als erstes Ziel für die Agenda einer künftigen Bundesregierung zu nennen.

Er würde vermutlich gelassen erklären, er verstehe es gut genug, dass Frau Merkel künftig lieber mit dem Stromlinien-Staatsmann Westerwelle koalieren wolle – sie werde sehen, was sie davon habe. Die Sozialdemokraten aber hielten es für ihre Pflicht, zu regieren (und nicht halben Herzens zu opponieren), solange die Große Koalition bestehe – und genau das, nicht weniger und nicht mehr, den Verabredun-

gen getreu. Dank ihrer glänzenden und verlässlichen Minister sei der Koalition mehr geglückt, als man ihr zugetraut habe. Frau Merkel verdanke es nicht zuletzt dem Vizekanzler und Außenminister Steinmeier, dem Finanzchef Steinbrück, der so ruhig und bedacht agierenden Justizministerin Zypries, der erfahrenen und erfolgreichen Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul, Olaf Scholz, der mit seinem Vorgänger im Arbeits- und Sozialministerium, Franz Müntefering, gemein hat, dass er das Kabinett, den Bundestag und vor allem die eigene Partei jederzeit mit der Wahrheit der Verhältnisse konfrontiert, der durch nichts zu erschütternden Gesundheits-

ministerin Ulla Schmidt, dem neuen Ökologie-Meister Gabriel, der seine Lektionen gelernt habe, und der ausgleichenden Mentalität des Verkehrsministers Tiefensee – alles in allem: sie verdanke es der Vorarbeit Gerhard Schröders, der Leistung und der Fairness ihrer sozialdemokratischen Partner, dass sie die gute Kanzlerin sei, die sie ist – den Sozis und ganz gewiss nicht der dürftigen Besetzung, die ihre eigenen Parteien aufgeboden haben. Frau Merkel weiß es vermutlich gut genug.

Mit anderen Worten: Die SPD regiert. Die CDU schwimmt mit und mal dagegen. Die CSU denkt an die Wahlen, und das ziemlich verzweifelt. Das ist die Lage.

Jens Böhrnsen

Für eine nachhaltige Finanzpolitik in Deutschland

Bei der Föderalismusreform II geht es nicht um Schuld oder Sühne. Es geht darum, Deutschland insgesamt in die Lage zu versetzen, im vereinigten Europa eine nachhaltige Finanzpolitik zu erreichen. Nur wenn Bund und Länder sich gemeinsam dieser Verantwortung stellen, besteht eine Aussicht auf dauerhaften Erfolg.

Jens Böhrnsen

(* 1949) ist seit 2005 Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und seit 2007 Stellvertretender Vorsitzender der gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen.
angelina.soergel@sk.bremen.de



Solidarität prägt unseren Bundesstaat seit seiner Gründung.

Die Bundesrepublik Deutschland ist – bei aller gelegentlichen Schwerfälligkeit aufgrund der demokratischen Notwendigkeit zum Austarieren und Ausgleichen – nach wie vor ein Erfolgsmodell. Aber wir müssen – leider manchmal sehr mühsam – daran arbeiten, dass die Weichen richtig gestellt werden für die Zukunftsfähigkeit dieser Bundesrepublik.

Wichtige Entscheidungen dafür werden in der *Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung* vorbereitet.

Die Föderalismuskommission II befasst sich in erster Linie mit der Frage, wie das bundesstaatliche Finanzsystem an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen angepasst werden kann.

Es schält sich bereits jetzt heraus, dass im Kern der Reformen die Einführung neuer, verschärfter Schuldengrenzen für Deutschland in Europa stehen wird.

Den damit verbundenen Vorschlägen sollten wir aufgeschlossen gegenüberstehen.

Bundesländer mit hoher Verschuldung haben gewiss kein Vergnügen daran, neue Kredite aufzunehmen. Finanzschwache Länder wie Bremen wissen am besten, dass